

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 33. Rat 2009-2014 Sitzungsdatum: 20.03.2013 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 20.03.2013

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.01.2013
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.09.2012 aus öffentlicher Sitzung
3. Terminfestlegung für den Kunst- und Kulturpreis der Stadt Übach-Palenberg 2013
4. Inanspruchnahme der Vereinfachungsregelung in Artikel 8 § 4 NKFVG
5. Erlass der Haushaltssatzung 2013
6. Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2013
7. Rahmenplanung Wohnbaufläche Beyelsfeld
8. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht Nord - 2. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss
10. Bebauungsplan Nr. 100 - Wohnpark Rimburg 1 - 5. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss
11. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 11.1 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 07.03.2013 betr. Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Friedhof
12. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
13. Bericht über gesponserte Aktivitäten in Übach-Palenberg

14. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

B) Nichtöffentliche Sitzung

15. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.09.2012 aus nichtöffentlicher Sitzung

16. Erweiterungen zur Tagesordnung

17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Frau Bärbel Bartel	SPD	
Herr Franz Bergstein	UWG	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Rudolf Burbaum	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	ab 18.17 Uhr (TOP 11.1)
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-HM	
Herr Walter Junker	CDU	
Frau Norma Kuhlmeier	SPD	
Herr Dieter Kunath	SPD	
Herr René Langa	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Winand Ruland	CDU	
Herr Hüseyin Salin	SPD	
Herr Dieter Sarasa	UWG	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Frau Christa Thar-Hennes	UWG	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Abwesende Stadtverordnete

Herr Heinz König CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Stadtinspektoranwärter Alexander Mainz

Schriftführerin

Frau Stadtamtsfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreterin der Presse.

Bürgermeister Jungnitsch entschuldigte Kämmerer Beeck, der sich derzeit noch in einer Schulung befinde und voraussichtlich nicht mehr zur Sitzung erscheinen könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 4 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen am Ende der öffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **W. Gudduschat** erklärte, dass die FDP-HM-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung ebenfalls 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.01.2013**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 24.03.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.09.2012 aus öffentlicher Sitzung**

Stadtverordneter **Overländer** merkte an, dass der Bericht zu TOP 14 nicht dem Beschluss entspreche. In der Ratssitzung am 20.09.2012 sei beschlossen worden, dass die Verkehrsmessungen an der Otto-von-Hubach-Straße, in Höhe der Häuser 17-19 und an der Weinbergstraße umgehend durchzuführen und die Ergebnisse in der nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses vorzustellen seien. Zwischenzeitlich haben jedoch zwei Sitzungen des entsprechenden Ausschusses stattgefunden, so

dass er über den Text, die Messungen seien noch nicht abgeschlossen und es sei beabsichtigt, über die Ergebnisse in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Sicherheit im Mai 2013 zu berichten, sehr verwundert sei.

Bürgermeister Jungnitsch sagte zu, der Angelegenheit nachzugehen.

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.09.2012 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne weitere Fragen und ohne weiteren Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. Terminfestlegung für den Kunst- und Kulturpreis der Stadt Übach-Palenberg 2013

Beschluss:

Im Jahr 2013 wird der Kunst- und Kulturpreis der Stadt Übach-Palenberg am 08. September überreicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Inanspruchnahme der Vereinfachungsregelung in Artikel 8 § 4 NKFVG

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg wird der Anzeige des Jahresabschlusses gem. § 96 Abs. 2 GO NRW des Haushaltsjahres 2011 die Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2010 und 2009 gem. Artikel 8 § 4 des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes in der gem. § 95 Absatz 3 der Gemeindeordnung bestätigten Entwurfsfassung beifügen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Erlass der Haushaltssatzung 2013

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigungen der Aufsichtsbehörden wird die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 wie folgt beschlossen:

Im Ergebnisplan mit

- Gesamtbetrag der Erträge	55.797.019 €
- Gesamtbetrag der Aufwendungen	57.019.753 €

im Finanzplan mit

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	50.204.554 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	48.226.123 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	3.343.705 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	5.746.407 €
Gesamtbetrag der Kredite	0 €
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	26.785 €
Verringerung der allgemeine Rücklage	1.222.734 €
Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung	12.000.000 €

Ein Haushaltssanierungsplan ist aufgestellt.

Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden durch Hebesatzsatzung vom 29.11.2012 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A	300 v.H.
Grundsteuer B	550 v.H.
Gewerbesteuer	475 v.H.

Abstimmungsergebnis:

12 Nein-Stimmen
19 Ja-Stimmen

6. Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2013

Die Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr wurden ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen (die Ermächtigungsübertragungen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

7. Rahmenplanung Wohnbaufläche Beyelsfeld

Beschluss:

1. Die vorliegende Rahmenplanung zur Wohnbaufläche Beyelsfeld wird beschlossen (die Rahmenplanung ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die S-Bauland GmbH wird als Erschließungsträger Partner der Stadt zur Entwicklung des Wohngebietes.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**8. Bebauungsplan Nr. 86 - Saarstraße - 2. Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 86 – Saarstraße - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**9. Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht Nord - 2. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 96 – Breiller Gracht Nord - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

**10. Bebauungsplan Nr. 100 - Wohnpark Rimburg 1 - 5. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss**

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 100 – Wohnpark Rimburg 1 - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

11. Erweiterungen zur Tagesordnung

11.1 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 07.03.2013 betr. Einrichtung einer Gedenkstätte auf dem Friedhof

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, sie habe zwei Fragen zu dem Antrag und zwar, wie sich die SPD-Fraktion die Gestaltung vorstelle und welche Gelder hierfür auf die Stadt zukämen.

Stadtverordnete **Kuhlmey** antwortete, man habe an ein Grabfeld gedacht, auf dem die Sternenkinder beigesetzt werden könnten und das von den Eltern in Eigenverantwortung gepflegt werde.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, dass die Kosten für eine solche Gedenkstätte zunächst ermittelt werden müssten.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüberstehe.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, auch die CDU-Fraktion befürworte den Antrag. Die Verwaltung müsse hierzu konkrete Vorschläge und einen entsprechenden Satzungsentwurf vorbereiten.

Stadtverordneter **Rißmayer** schloss sich der Meinung an, dass der Antrag inhaltlich gut sei. Man sollte sich hierzu verschiedene Modelle ansehen, aber dem Grundsatz, eine Gedenkstätte zu errichten, stimme er zu.

Es wurde sich einvernehmlich darauf verständigt, dass man heute den Grundsatzbeschluss entsprechend des Antrages fassen wolle und Vorschläge zu der konkreten Umsetzung von der Verwaltung vorbereitet und zur Entscheidung den zuständigen Gremien vorgelegt werden sollen.

Beschluss:

Auf einem Friedhof der Stadt wird eine Gedenkstätte für Sternenkinder eingerichtet. Die Verwaltung wird entsprechende Vorschläge zur Umsetzung dem Rat zur Entscheidung vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass die Heidesäuberungsaktion in Scherpenseel, die ursprünglich für den 09.03.2013 vorgesehen gewesen sei aber aufgrund des schlechten Wetters abgesagt werden musste, jetzt am Samstag, dem 23.03.2013 stattfinden werde.

- - - - -

Weiterhin teilte **Bürgermeister Jungnitsch** mit, dass man dabei sei, in Übach-Palenberg Glasfaserkabel legen zu wollen. In Scherpenseel steige man jetzt ins Finale ein. Er hoffe, dass die Quote von 40 % erreicht werde. In Frelenberg finde zum Thema Glasfasergabel am 16.04.2013 und in Marienberg am 25.04.2013 eine Auftaktveranstaltung statt.

- - - - -

Dezernent **Gatzen** wies darauf hin, dass die Arbeiten am Zechengelände fortgesetzt werden. Es habe immer wieder Gerüchte über einen Baustopp gegeben. Dies stimme nicht. Es sei lediglich zu witterungsbedingten Einschränkungen gekommen. Von den zwei bestehenden Grundstücksproblemen im Zusammenhang mit dem Einkaufszentrum sei eins weitestgehend gelöst worden, bei dem anderen befinde man sich noch in Gesprächen. Die ITG habe folgenden Zeitplan genannt: in 6 Wochen wolle man die Straßenarbeiten abgeschlossen haben, im Mai beginne man mit den Hochbauarbeiten, im Juli/ August solle mit dem Bau des Parkplatzes begonnen werden und der Eröffnungstermin sei für April 2014 vorgesehen.

- - - - -

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass die Verwaltung beabsichtige, das städtische Gebäude in der Straße Auf der Houff, das bisher für die Unterbringung von Obdachlosen genutzt worden sei, zu verkaufen. Das Haus sei bis auf eine Wohnung leergezogen worden. Man wolle einen Mindestverkaufspreis in Höhe von 145.000 € ansetzen. Dieser Wert liege über dem Wert eines allerdings etwas veralteten Gutachtens. Das Angebot wolle man im Internet und in der SuperSonntag veröffentlichen. Mit dem Verfahren, Objekte zu einem Mindestkaufpreis anzubieten, habe man bisher gute Erfahrungen gemacht.

Stadtverordneter **Weißborn** wies darauf hin, dass das Haus Bestandteil für die Unterbringung von Personen ohne Obdach sei und fragte, wo man diese Personen zukünftig unterbringen wolle.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, man habe bereits mit Wohnungsunternehmen Gespräche geführt und Angebote für einzelne Wohnungen erhalten. Hiermit entspreche man auch der damals gefassten Entscheidung, Obdachlose dezentral im Stadtgebiet unterzubringen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass somit scheinbar kein platzmäßiges Problem bestehe. Aber sei ein solches Vorgehen auch wirtschaftlicher? Er gehe davon aus, dass die Miete für die einzelnen Wohnungen in solchen Fällen ja der Stadt in Rechnung gestellt werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erklärte, in der Regel erhalten die unterzubringenden Personen Leistungen über das Jobcenter oder andere Transferleistungen. Hierüber würden dann auch die Unterbringungskosten abgerechnet.

- - - - -

Dezernent **Gatzen** erklärte, seit etwa 8 Jahren laufe das Verfahren zur Verlegung der 110-KV-Leitung, die sich von der Kokoschkastraße, Noldestraße, Daimlerstraße, Boschstraße quer durch das Stadtgebiet Richtung Geilenkirchen ziehe.

Über die Ersatztrasse vom Heidberg oberhalb von Weißenhaus und Drinhausen nach Geilenkirchen bestehe zwischen den Städten Übach und Baesweiler Einigkeit.

Bedingt durch eine Gesetzesänderung vor etwa 2 Jahren sei die Verlegung erneut ins Stocken geraten.

Das Gesetz verlange, dass bei einer Verlegung einer neuen überirdischen Trasse geprüft werden müsse, ob die Verlegung eines Erdkabels finanziell vertretbar sei.

Bei einem Erörterungstermin in dieser Woche beim RP in Köln habe er sehr auf die Verlegung der Trasse gedrängt. Dies vor allen Dingen, da je nach Witterungsverhältnissen von der Leitung Immissionen ausgehen.

Der Erörterungstermin könne so zusammengefasst werden, dass eine Verlegung der Trasse frühestens in ein bis zwei Jahren erfolgen könne. Im übrigen sei zur Zeit nicht entschieden, ob die Verlegung der Leitung ganz oder teilweise erfolgen werde.

Stadtverordneter **Weißborn** bat um Erklärung, von welchen Immissionen die Rede sei.

Dezernent **Gatzen** erläuterte, dass nach seiner persönlichen Kenntnis je nach Witterungslage ein deutliches Knistern von der Leitung ausgehe.

Stadtverordnete **Piez** erklärte, wenn Immissionen hiervon ausgehen, dann müsse die Leitung doch wohl erst Recht erneuert werden. Dieses Problem sei bisher nicht bekannt gewesen.

Dezernent **Gatzen** erläuterte, dass die Immissionswerte sich sicherlich im Rahmen der Zulässigkeit bewegen, trotzdem aber Nachteile für die unmittelbaren Nachbarn bestehen.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass am 07.03.2013 ein Termin in Bezug auf den Derivatprozess beim Landgericht stattgefunden habe. Der Termin habe ihn vorsichtig positiv gestimmt. Die Verkündung des Ergebnisses erfolge am 26.07.2013. Er gehe allerdings davon aus, dass die WestLB die nächste Instanz beschreiten werde.

- - - - -

Weiterhin teilte **Bürgermeister Jungnitsch** mit, dass die Stadt Übach-Palenberg

zusammen mit der Europaabgeordneten Sabine Verheyen am 10. April 2013 um 18.30 Uhr im Schloss Zweibrücken den ersten Eurolog mit dem Thema „Der Beitrag der Städte und Regionen zum europäischen Wandel“ veranstalte.

Die Stadt Übach-Palenberg sei die Ideengeberin für eine solche Veranstaltung gewesen. Sie sei Teil des offiziellen Rahmenprogramms der Karlspreisverleihung und werde von Dr. Jürgen Linden, als Vorsitzenden des Karlspreisdirektoriums, moderiert. Die Europaabgeordneten Sabine Verheyen, Herbert Reul und Andrey Kovatchev nehmen an der Veranstaltung teil.

13. **Bericht über gesponserte Aktivitäten in Übach-Palenberg**

Insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

14. **Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg**

Insoweit wird auf die Sitzungsunterlagen verwiesen.

Anfragen

Anfrage 1 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, wann mit dem nächsten Bericht zur Personalentwicklung zu rechnen sei.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass der Bericht zur Personalentwicklung für die nächste Ratssitzung vorgesehen sei.

Anfrage 2 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** bezog sich auf die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung und fragte, welche Straßenzüge hiervon betroffen seien, in welcher Art und Weise die Nachtabschaltung vorgenommen werde und wie die Bürger hierüber informiert worden seien.

Bürgermeister Jungnitsch sagte zu, die Beantwortung der Anfrage als Anlage der Niederschrift beizufügen.

Anfrage 3 der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Overländer** fragte nach dem aktuellen Stand in der Angelegenheit Verbindungsweg Römerstraße/ Holunderplatz.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** antwortete, dass das Verfahren weiterhin schwe-

bend sei. Der Abschluss des Verfahrens werde zunächst abgewartet.

Anfrage 4 der SPD-Fraktion:

Stadtverordnete **Piez** wies darauf hin, dass dem Rat, entsprechend den Vorgaben der Hauptsatzung, regelmäßig ein Gleichstellungsbericht vorzulegen sei.

Bürgermeister Jungnitsch sagte zu, dass dies zeitnah erfolgen werde.

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass bei dem letzten Gespräch mit der Firma Polythex bzgl. der Geruchsbelästigung der bestehenden Bürgerinitiative eine Schadstoffmessung zugesagt worden sei. Ergebnisse hierzu liegen allerdings bis heute nicht vor. Sie bitte die Verwaltung hier noch einmal unterstützend tätig zu werden.

Bürgermeister Jungnitsch wies auf die Zuständigkeit des Kreises Heinsberg in der Angelegenheit hin, sagte aber zu, zu versuchen Informationen in der Angelegenheit zu bekommen.

Stadtverordneter **Overländer** wies ergänzend darauf hin, dass die Geruchsbelästigung nach wie vor bestehe.

Anfrage der FDP-HM-Fraktion:

Stadtverordneter **W. Gudduschat** wies darauf hin, dass er vermehrt von Bürgern angesprochen worden sei, warum man Gebühren für die Abführung des Oberflächenwassers zahlen müsse, obwohl das Regenwasser zu Versickerung zum Beispiel in die Kiesgrube Marienberg eingeleitet werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** erläuterte, dass immer dann, wenn eine Versickerungsanlage der Stadt mit Kosten verbunden sei, Gebühren für die Abführung des Oberflächenwassers erhoben werden. Versickert das Oberflächenwasser auf dem eigenen Grundstück, fallen keine Gebühren an. Bei der Einleitung des Regenwassers in die Kiesgrube in Marienberg werde auch eine Versickerungsanlage der Stadt in Anspruch genommen.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18.40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 18.50 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin